:rhein-sieg-kreis

Informationen zum Haushaltsentwurf 2019/2020

Informationen

zum Haushaltsplanentwurf 2019 / 2020 des Rhein-Sieg-Kreises

Im Rahmen des Verfahrens zur Benehmensherstellung nach § 55 Abs. 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, wonach die Festsetzung der Kreisumlage im Benehmen mit den kreisangehörigen Gemeinden erfolgt, wird mit dem vorliegenden Informationspapier über die wesentlichen Eckpunkte zur Entwicklung des Kreishaushalts in den Jahren 2019 und 2020 berichtet. Die im Verfahren zur Benehmensherstellung einzuhaltenden Fristen bedingen, dass der Haushaltsentwurf noch nicht bis ins Detail fertiggestellt ist. Die Angaben beruhen auf dem derzeitigen Planungsstand; Änderungen, die sich im Rahmen des weiteren Verfahrens der Haushaltsplanaufstellung ergeben, bleiben somit ausdrücklich vorbehalten.

Der Kreishaushalt 2019/2020 wird wieder in der bewährten Form des Doppelhaushalts vorgelegt. Die Einbringung des Haushaltsentwurfs ist für die 42. KW 2018 im schriftlichen Verfahren vorgesehen; die Verabschiedung soll in der Kreistagssitzung am 17.12.2018 erfolgen.

Dem Haushaltsplanentwurf 2019/2020 werden nach dem derzeitigen Planungsstand folgende Umlagesätze zu Grunde liegen:

	2018	**2019**	**2020**	2021	2022	2023
Allgemeine Kreisumlage:	32,15**%**	**33,33%**	**33,68%**	33,50%	33,50%	33,50%
Kreisumlage Jugendamt:	29,71%	**28,83%**	**29,16%**	28,39%	27,78%	27,19%

Damit wird das mit dem Nachtragshaushalt 2018 angekündigte Ziel, das Kreisumlageaufkommen in den Jahren 2019 und 2020 gegenüber den Planansätzen aus der Haushaltsplanung 2017/2018 stabil zu halten, erreicht. Im Jahr 2019 ist überdies eine Reduzierung des benötigten Umlageaufkommens um rd. 1,75 Mio. € möglich. Im Jahr 2020 wird zur Einhaltung der gegebenen Zusage sowie unter Beachtung des Rücksichtnahmegebots aus der Kreisordnung NRW ein Planfehlbedarf von rd. 7,1 Mio. € ausgewiesen und in diesem Umfang die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage vorgesehen.
Im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung wird bei einem durchgängigen Umlagesatz von 33,50 % im Jahr 2021 nochmals die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage (1,5 Mio. €) erforderlich, für 2022 und 2023 kann ein struktureller Haushaltsausgleich dargestellt werden.

Die Haushaltsplanung inkludiert dabei an einigen Stellen nicht unerhebliche Unwägbarkeiten / Planungsrisiken. Dies sind vor allem:

- *Bundeserstattung für flüchtlingsbedingte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II:*
  Die Erstattungsregelung ist bislang nur bis einschließlich 2019 gesetzlich fixiert, es wird im Haushaltsentwurf jedoch davon ausgegangen, dass sie auch darüber hinaus fortgesetzt wird und die Aufwendungen in allen Planjahren vollständig (Ansatz RSK 2019: 14,7 Mio. €) vom Bund refinanziert werden. Jedoch bestehen

aufgrund des Gesamtvolumens der bisher vom Bund bereitgestellten Mittel Zweifel, ob dies tatsächlich erreicht wird.
Eine erstmalige Abrechnung der Flüchtlingskosten im SGB II - Bereich ist (für das Jahr 2017) erst für den Herbst 2018 angekündigt.

- *Bundesmittel zur Entlastung der kommunalen Haushalte:*
  Der Bund stellt nach dem „Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen“ für die Jahre 2019 ff. jährlich 5 Mrd. € zur kommunalen Entlastung zur Verfügung. Die Verteilung erfolgt anteilig über eine Erhöhung der Umsatzsteueranteile der Länder und Kommunen sowie im Übrigen über die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU). Ab dem Jahr 2019 beträgt diese in NRW 10,2% der KdU-Aufwendungen, was für den Rhein-Sieg-Kreis planmäßig einem Betrag von rd. 10,3 Mio. € entspricht.
  Dieser Beteiligungsanteil steht jedoch unter dem Vorbehalt, dass die Bundesbeteiligung an den KdU insgesamt 50% der Aufwendungen nicht überschreitet, da die Leistung ansonsten als Bundesauftragsverwaltung zu erbringen wäre. Für den Fall des Überschreitens dieser Quote ist eine Kürzung der KdU-Bundesbeteiligung sowie eine korrespondierende Erhöhung der Umsatzsteueranteile der kommunalen Ebene bereits gesetzlich fixiert. Die Folge wäre, dass im Kreishaushalt Erträge wegbrächen, die (allerdings voraussichtlich nicht in voller Höhe) den Städten und Gemeinden über zusätzliche Umsatzsteueranteile zuflössen.
  Der Bundesanteil an den KdU liegt in NRW für das Jahr 2018 inkl. der vorläufigen Erstattung für flüchtlingsbedingte Mehraufwendungen bei 46,7%.

- *Landschaftsumlage / Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG):*
  Der Veranschlagung im Entwurf des Kreishaushalts 2019/20 liegen die vom LVR in seinem Haushaltsentwurf 2019 angekündigten Umlagesätze zu Grunde, die für die Jahre ab 2020 gegenüber der Planung aus dem Nachtragshaushalt 2017 des LVR unverändert geblieben sind und nach wie vor erhebliche Mehraufwendungen aus der Einführung des Bundesteilhabegesetzes berücksichtigen.
  Der Rhein-Sieg-Kreis hat seinerseits die nach ersten Berechnungen in seinem Haushalt eintretenden positiven Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes in den Sozialetat aufgenommen.
  Ob die Verschiebungen zwischen örtlichem und überörtlichem Träger und die sonstigen Auswirkungen des BTHG aber im Gesamtvolumen dieser Veranschlagung auf Kreisebene entsprechen, ist ungewiss und der Haushaltsentwurf damit an dieser Stelle risikobehaftet.

Bei der Kreisumlage zum Ausgleich der Mehrbelastung für das Jugendamt wird im Jahr 2019 entgegen der Prognose aus dem Doppelhaushalt 2017/2018 sowohl bezogen auf den Hebesatz als auch in Bezug auf das Aufkommen voraussichtlich eine geringere Umlageerhebung erforderlich.
In 2020 wird aufgrund der dort massiv einsetzenden ergebniswirksamen Kosten der zusätzlich erforderlichen Gruppen in Kindertageseinrichtungen eine Anhebung der Umlage unvermeidbar.

Entwicklung der wichtigsten Haushaltspositionen 2019/2020

Allgemeine Finanzwirtschaft / Finanzausgleich

Die Berechnungen zum Finanzausgleich 2019 ff. beruhen auf der im Juli 2018 herausgegebenen „Arbeitskreis-Rechnung" zum GFG 2019 der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände. Diese erfolgte auf Basis der Eckpunkte zum Entwurf des GFG 2019. Die hierin prognostizierte Dotierung der Teilschlüsselmassen resultiert aus den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2018. Die tatsächlichen Ist-Zahlen werden im Oktober 2018 vorliegen, so dass sich hieraus noch Veränderungen ergeben können.
Die angesetzten Steigerungssätze für 2020 ff. basieren auf den Orientierungsdaten 2019 – 2022 des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW vom 02.08.2018

Kreisschlüsselzuweisungen (in Mio. €)

	2018	**2019**	**2020**	2021	2022	2023
Kreisschlüsselzuweisungen (brutto)	97,0	98,2	103,7	111,7	116,1	120,8
./. ELAG-Abrechnung	-4,0	-4,0	-4,0	-4,0		
Kreisschlüsselzuweisungen (netto)	**93,0**	**94,2**	**99,7**	**107,7**	**116,1**	**120,8**
Steigerung gegenüber Vj. gem. OD:			*+ 5,6%*	*+ 7,7%*	*+ 4,0%*	*+ 4,0%*

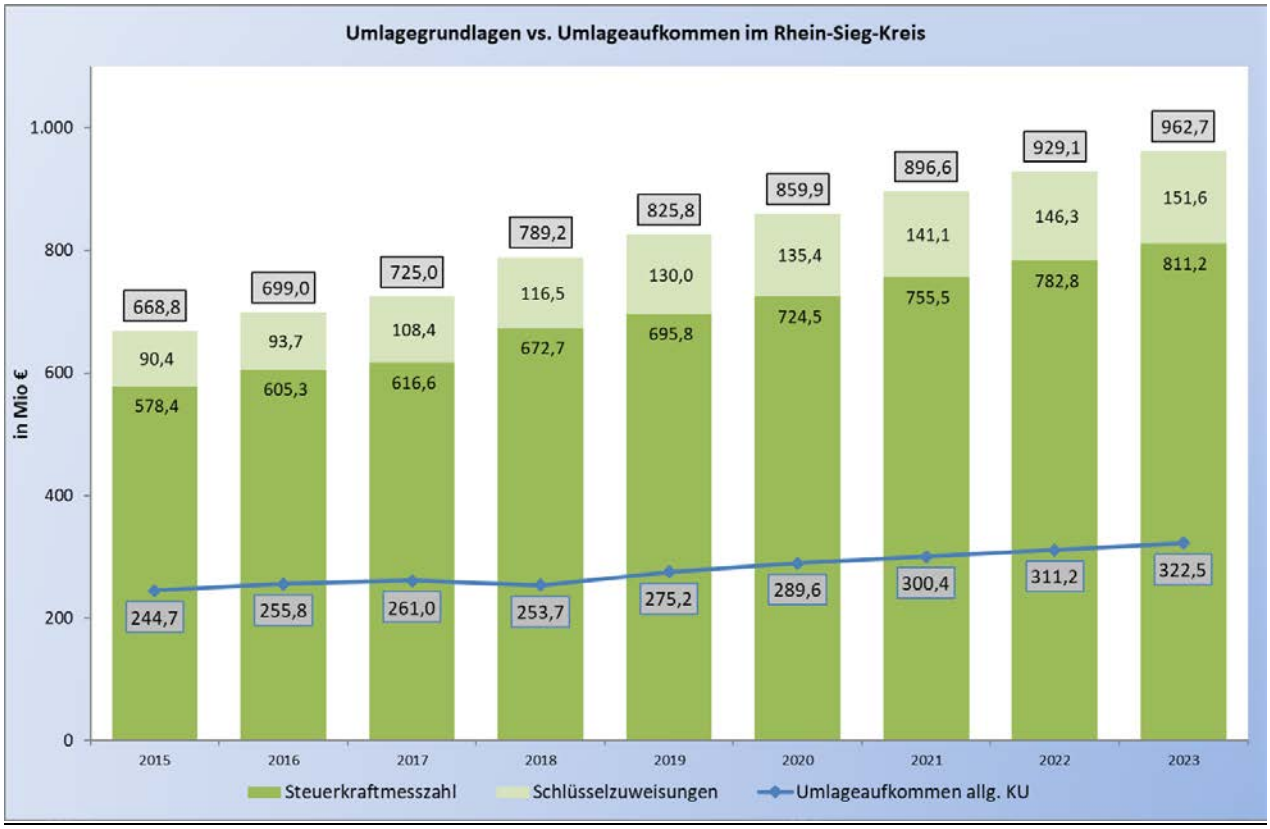
Es wurde berücksichtigt, dass die Abrechnungen der Einheitslasten letztmalig im Jahr 2021 für das Jahr 2019 erfolgt.

Allgemeine Kreisumlage

Die Entwicklung der allgemeinen Kreisumlage sowie der ihrer Berechnung zu Grunde liegenden Rahmendaten ist in der folgenden Übersicht zusammengefasst:

	2018	**2019**	**2020**	2021	2022	2023
Umlagegrundlagen (in T€)	**789.196**	**825.815**	**859.921**	**896.640**	**929.098**	**962.732**
Steigerung gegenüber Vj. gem. OD:	*-*	*-*	*4,13%*	*4,27%*	*3,62%*	*3,62%*
Umlagesatz:	**32,15%**	**33,33%**	**33,68%**	**33,50%**	**33,50%**	**33,50%**
Vergleich: Finanzplanung 2017/2018	*-*	*34,12%*	*34,15%*	*33,91%*	*-*	*-*
Umlageaufkommen (in T€)	**253.727**	**275.244**	**289.621**	**300.374**	**311.248**	**322.515**
Vergleich: Finanzplanung 2017/2018	*-*	*276.988*	*289.595*	*300.356*	*-*	*-*

Folgendes Schaubild verdeutlicht den Zuwachs der Umlagegrundlagen (bildet die Finanzkraft der Kommunen unter Berücksichtigung fiktiver Hebesätze ab) der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie die Entwicklung / Planung des Umlageaufkommens bei der allgemeinen Kreisumlage:



Hintergrund für den Ertragszuwachs der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind, neben dem insgesamt steigenden Realsteueraufkommen, vor allem die anteilig über Umsatzsteueranteile vom Bund ausgekehrten Mittel nach dem „Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen“, die auch in der Referenzperiode zum GFG 2019 zu deutlichen Zuwächsen bei den Umsatzsteueranteilen der Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis führten.
Darüber hinaus waren im Rhein-Sieg-Kreis in der letzten Referenzperiode deutliche Verbesserungen bei den Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer zu verzeichnen.

Landschaftsumlage

Die Landschaftsumlage ist mit folgenden Parametern in die Haushaltsplanung eingeflossen.

	2018	**2019**	**2020**	2021	2022	2023
Umlagebelastung (in T€)	129.801	**135.245**	**163.139**	**172.245**	**178.577**	**185.822**
Umlagesatz HPL-Entwurf RSK	14,70%	**14,70%**	**17,00%**	**17,15%**	**17,15%**	**17,15%**

Es wurden die in der Entwurfsplanung des LVR für 2019 vorgesehenen Umlagesätze berücksichtigt.
Auf den Hinweis zu den Risiken der Auswirkungen aus dem BTHG (s. Seite 3) wird verwiesen.

Im **Finanzausgleich** ergeben sich für den allgemeinen Haushalt gegenüber der Finanzplanung aus dem Doppelhaushalt 2017/2018 inkl. Nachtragshaushalt 2018 insgesamt folgende wesentliche Veränderungen:

(Verbesserungen + / Verschlechterungen -)	2019	2020
Kreisschlüsselzuweisungen (inkl. ELAG-Abrechnung)	- 0,7 Mio. €	+ 2,0 Mio. €
Aufkommen allg. Kreisumlage	- 1,7 Mio. €	+/- 0,0 Mio. €
Landschaftsumlage	+ 8,9 Mio. €	- 10,8 Mio. €
Pauschale Zuweisungen (Investitions- / Schulpauschale, Belastungsausgleich "Inklusion")	+/- 0,0 Mio. €	- 0,1 Mio. €
Verbesserung / Verschlechterung:	**+ 6,5 Mio. €**	**- 8,9 Mio. €**

Verkehrsverluste, Kreisumlage - Mehrbelastung ÖPNV

Entsprechend des Kreistagsbeschlusses vom 09.03.2016 zur ÖPNV-Finanzierung werden die Verluste aus den im aktuellen Nahverkehrsplan enthaltenen Verkehren der Busunternehmen (einschließlich Taxibus- und AST-Verkehre) zu 55 % über die Kreisumlage Mehrbelastung ÖPNV entsprechend den in den einzelnen Städten und Gemeinden gefahrenen Wagenkilometern und zu 45 % über die allgemeine Kreisumlage umgelegt. Die Verluste des Schienenverkehrs werden mit jeweils 50 % über die allgemeine Kreisumlage und die Kreisumlage Mehrbelastung ÖPNV finanziert.
Die in die Berechnung einfließenden Verluste der Verkehrsunternehmen entwickeln sich nach derzeitigen Erkenntnissen, denen noch keine detaillierten Wirtschaftspläne für die Jahre 2019 ff. zu Grunde liegen, wie folgt:

Planansätze in T€	2018	**2019**	**2020**
RSVG	15.810	**20.880**	**22.349**
RVK	6.725	**7.100**	**7.325**
OVAG	110	**135**	**155**
(Eigen-) Anteil RSK „LeadCity“	0	**120**	**180**
SSB	4.809	**5.000**	**5.000**
KVB	2.222	**2.450**	**2.450**
Insgesamt	29.676	**35.685**	**37.459**

Die Kostensteigerung bei der RSVG ergibt sich insbesondere aus zusätzlichen Verkehren, den prognostizierten Auswirkungen der Verkehrszählung 2018 auf die Einnahmeverteilung im VRS sowie aus erwarteten allgemeinen Kostensteigerungen.
Darüber hinaus entstehen Mehraufwendungen durch den Einsatz von umweltfreundlichen Technologien in den Busflotten von RSVG und RVK.

Aus den o. g. Verkehrsverlusten errechnen sich die über die Kreisumlage Mehrbelastung ÖPNV umzulegenden Beträge, die im Durchschnitt aller Städte und Gemeinden in % der jeweiligen Umlagegrundlagen für die allgemeine Kreisumlage betragen:

2019 = 19,254 Mio. € = 2,33 % / **2020 = 20,229 Mio. € = 2,35 %**.

Die sich auf der Basis der Wagen-km-Verteilung ergebenden Belastungen der Städte und Gemeinden stellen sich nach der aktuellen Datenlage wie folgt dar: (es ergeben sich durch verschiedene geplante Mehrleistungen, die bisher aber erst teilweise durch die bestehende Beschlusslage fixiert sind, erhebliche Veränderungen bei den planmäßigen Verkehren 2019 und 2020; die Arbeiten der Verkehrsunternehmen zur Umsetzung dieser Mehrleistungen sind noch nicht abgeschlossen, daher haben die nachfolgend dargestellten Werte nur vorläufigen Charakter).

in T€	2018 Ist	**2019 vorläufig**	**2020 vorläufig**
Alfter	613	**690**	**710**
Bad Honnef	581	**692**	**691**
Bornheim	1.815	**2.069**	**2.233**
Eitorf	285	**331**	**330**
Hennef	1.329	**1.538**	**1.538**
Königswinter	1.784	**2.124**	**2.167**
Lohmar	624	**1.093**	**1.093**
Meckenheim	602	**705**	**746**
Much	268	**297**	**297**
Neunkirchen-Seelscheid	275	**338**	**338**
Niederkassel	968	**1.373**	**1.497**
Rheinbach	472	**521**	**520**
Ruppichteroth	278	**322**	**322**
Sankt Augustin	1.956	**2.209**	**2.349**
Siegburg	1.155	**1.386**	**1.387**
Swisttal	437	**513**	**575**
Troisdorf	1.735	**2.027**	**2.185**
Wachtberg	436	**617**	**842**
Windeck	357	**409**	**409**
Insgesamt	15.970	**19.254**	**20.229**

Gegenüber der Finanzplanung aus dem Doppelhaushalt 2019/2020 ergeben sich für den Kreishaushalt aus dem **ÖPNV-Bereich insgesamt** folgende Veränderungen:

(Verbesserungen + / Verschlechterungen -)	**2019**	**2020**
Verkehrsverluste insgesamt	- 2,2 Mio. €	- 3,4 Mio. €
Aufkommen Kreisumlage MB ÖPNV	+ 1,2 Mio. €	+ 1,9 Mio. €
Saldo (=Veränderung im allgemeinen Haushalt):	**- 1,0 Mio. €**	**- 1,5 Mio. €**

Personal- und Versorgungsaufwand

Die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen stellt sich wie folgt dar:

	Ansatz 2018	**Ansatz 2019**	**Ansatz 2020**
Personalaufwand Beschäftigte	76,0 Mio. €	**81,5 Mio. €**	**82,8 Mio. €**
Beitrag zur Versorgungskasse, Pensionsrückstellungen / Altersteilzeit	14,4 Mio. €	**17,3 Mio. €**	**17,9 Mio. €**
Beihilfen (inkl. Rückstellungen)	5,6 Mio. €	**6,2 Mio. €**	**6,4 Mio. €**
Summen	96,0 Mio. €	**105,0 Mio. €**	**107,1 Mio. €**

Der Personalaufwand beinhaltet die Entgelte und Bezüge der Beschäftigten sowie die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.
Gegenüber den im vorigen Haushalt enthaltenen Hochrechnungen, denen ab 2018 eine 2%-ige Tarif- bzw. Besoldungsanpassung zu Grunde lag, sind allein durch die höheren Tarifabschlüsse zusätzliche Mittel erforderlich.

Hinzu kommen erhebliche Personalmehrbedarfe, die ab dem Jahr 2019 zu berücksichtigen sind. Trotz eines sehr restriktiven Umgangs mit von den Fachbereichen gemeldeten Bedarfen sind Stellenmehrungen unvermeidlich. Insbesondere zu nennen sind hier:

- Nach der im *Kreissozialamt* durchgeführten externen Organisationsuntersuchung bestehen dort Personaldefizite im Umfang von 25 Stellen, wobei der in den Haushaltsentwurf aufgenommene Mehrbedarf durch Stellenverlagerungen innerhalb der Verwaltung auf zunächst 13 Stellen begrenzt werden konnte.
- Aufgrund der weiterhin enormen Fallzahlensteigerung im *Ausländerwesen* ist hier nach einer aktuell durchgeführten Personalbemessung die Einrichtung von weiteren 11 Stellen, vorwiegend im mittleren Dienst, erforderlich.
- *Weitere* zwingende Stellenmehrbedarfe ergeben sich z. B. im Bereich des Rettungsdienstes/Gefahrenabwehr, der Gebäudewirtschaft, beim Umwelt- und Naturschutz, der Wirtschaftsförderung, dem Gesundheitsamt sowie im Bereich der Lebensmittelüberwachung (insgesamt 10 Stellen).

Die Veränderung bei den Pensionsrückstellungen folgt den aktuellen Berechnungen der Rheinischen Versorgungskasse, die beschlossene Besoldungserhöhungen und zusätzlich eingestelltes Personal einschließen. Zu erwartende Besoldungserhöhungen in der Zukunft wurden bei dieser Berechnung mit 2 % p. a. berücksichtigt.

Im Überblick ergeben sich gegenüber der Finanzplanung aus dem Doppelhaushalt 2017/2018 bei den **Personal- und Versorgungsaufwendungen insgesamt** folgende Veränderungen (Stellenmehrungen in 2019 zu ½ berücksichtigt):

(Verbesserungen + / Verschlechterungen -)	**2019**	**2020**
Vergütung und Besoldung:	- 4,0 Mio. €	- 3,8 Mio. €
Pensions- / Altersteilzeitrückstellungen u. Beitrag Versorgungskasse:	- 2,2 Mio. €	- 2,6 Mio. €
Beihilfen und Beihilferückstellungen:	- 0,5 Mio. €	-0,7 Mio. €
Verschlechterung: (davon Jugendamt)	**- 6,7 Mio. €** (+/- 0,0 Mio. €)	**- 7,1 Mio. €** (+/- 0,0 Mio. €)

Sozialtransferleistungen

Bei den maßgeblichen Sozialtransferleistungen ergeben sich gegenüber der Finanzplanung aus dem Doppelhaushalt 2017/2018 bzw. der Nachtragsplanung 2018 die in der nachfolgenden Übersicht dargestellten, wesentlichen Veränderungen (per Saldo, inkl. Zuweisungen, Erstattungen, sonstigen Transfererträgen, etc.):

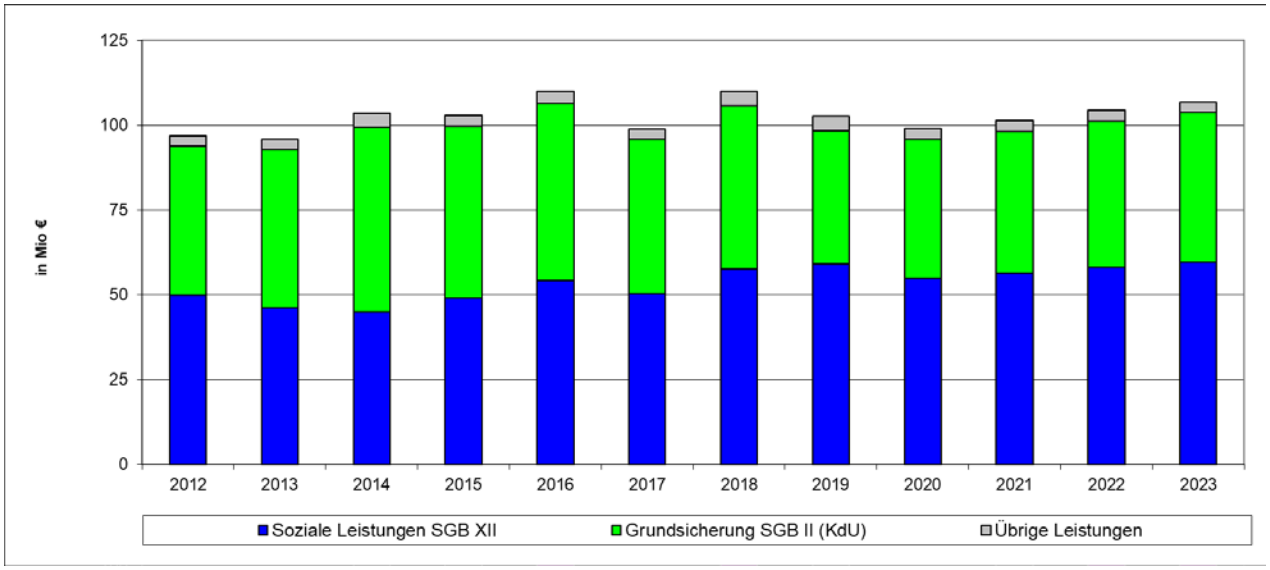
(Verbesserungen + / Verschlechterungen -)	**2019**	**2020**
Leistungen nach dem SGB XII		
- Hilfe zum Lebensunterhalt	+ 1,0 Mio. €	+ 0,1 Mio. €
- Eingliederungshilfe	- 0,4 Mio. €	+ 7,8 Mio. €
- Hilfe zur Pflege / Pflegewohngeld	+ 0,7 Mio. €	+ 0,9 Mio. €
- Sonstige Hilfen	- 0,2 Mio. €	- 0,4 Mio. €
Leistungen nach dem SGB II		
- Landeszuweisung Wohngeldersparnis	- 0,4 Mio. €	- 0,4 Mio. €
- Bundeserstattung Kosten der Unterkunft (inkl. BuT SGB II)	+ 0,8 Mio. €	+ 2,0 Mio. €
- Transferleistungen per Saldo (KdU, sonst. Leistungen, BuT SGB II) inkl. Transfererträge	+ 6,2 Mio. €	+ 4,5 Mio. €
Verbesserung:	**+ 7,7 Mio. €**	**+ 14,5 Mio. €**

Die Ansätze 2019 ff. wurden auf der Basis der Entwicklung in 2017 und den bisherigen Erkenntnissen des Jahres 2018 kalkuliert.

Bei verschiedenen Leistungen nach dem SGB XII, vor allem der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Hilfe zur Pflege mit Pflegewohngeld, waren zuletzt nur noch moderate Kostensteigerungen zu verzeichnen. Dies ist insbesondere auf gesetzliche Änderungen (Inklusionsstärkungsgesetz, Pflegestärkungsgesetze I - III) zurückzuführen, deren Auswirkungen bei der Ansatzkalkulation 2019 ff. erstmals belastbar berücksichtigt werden konnten.
Zudem wurden die sich voraussichtlich ab 2020 ergebenden Auswirkungen aus dem Bundesteilhabegesetz berücksichtigt. Zwischen den Ebenen der örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger werden sich Aufgaben- und Kostenverlagerungen ergeben, die nach ersten Berechnungen im Sozialetat des Kreises ab dem Jahr 2020 zu Einsparungen (in 2020 per Saldo rd. 6,5 Mio. €) führen werden.

Im Bereich SGB II / Kosten der Unterkunft ergab sich in den beiden vergangenen Jahren, trotz steigender Aufwendungen im Kontext Fluchtmigration, nur eine moderate Kostensteigerung. Diese Entwicklung führt in der Veranschlagung ab 2019 zu Verbesserungen gegenüber den Annahmen aus dem Doppelhaushalt 2017/2018.
Die weiterhin zu Grunde gelegte 100%ige Bundeserstattung für die flüchtlingsbedingten KdU-Aufwendungen ist aber, wie bereits auf Seite 3 erläutert, risikobehaftet.

Die Entwicklung der - um im Zusammenhang stehende Erträge bereinigten - Sozialtransferleistungen stellt sich im Zeitraum 2012 - 2023 wie folgt dar (2012 - 2017 IST, ab 2018 PLAN):



Seit dem Jahr 2017 führen sowohl gesetzliche Änderungen im Bereich der Leistungen nach dem SGB XII, als auch steigende Erträge aus der Bundesbeteiligung an den KdU-Aufwendungen (im Zusammenhang mit den flüchtlingsbedingten Bedarfen) sowie der Landeszuweisung aus der Wohngeldersparnis per Saldo zu Entlastungen.
Trotz der risikobehafteten, bis 2023 einkalkulierten 100%igen Bundeserstattung für die flüchtlingsbedingten KdU-Aufwendungen und der einkalkulierten Veränderungen aus dem Bundesteilhabegesetz, werden insbesondere die demographische Entwicklung sowie die Maßnahmen zur Inklusionsstärkung perspektivisch wieder zu aufwachsenden Belastungen im Bereich der sozialen Leistungen führen.

Mehrbelastung für die Kosten des Kreisjugendamtes

Die Eckdaten zur Kreisumlage "Mehrbelastung Jugendamt" stellen sich wie folgt dar:

(in T€)	2018	**2019**	**2020**	2021	2022	2023
Umlagegrundlagen	171.204	**179.563**	**186.979**	194.963	202.021	209.334
angenommene Steigerung ggü. dem Vorjahr (gem. Orientierungsdaten):	-	-	4,13%	4,27%	3,62%	3,62%
Umlagesatz	29,71%	**28,83%**	**29,16%**	28,39%	27,78%	27,19%
zum Vergleich: in der Finanzplanung 2017/18 waren vorgesehen	-	29,71%	28,89%	28,07%	-	-
Fehlbedarf / Umlageaufkommen	50.865	**51.770**	**54.520**	55.351	56.125	56.918
zum Vergleich: in der Finanzplanung 2017/18 waren vorgesehen	-	52.325	53.150	53.939	-	-

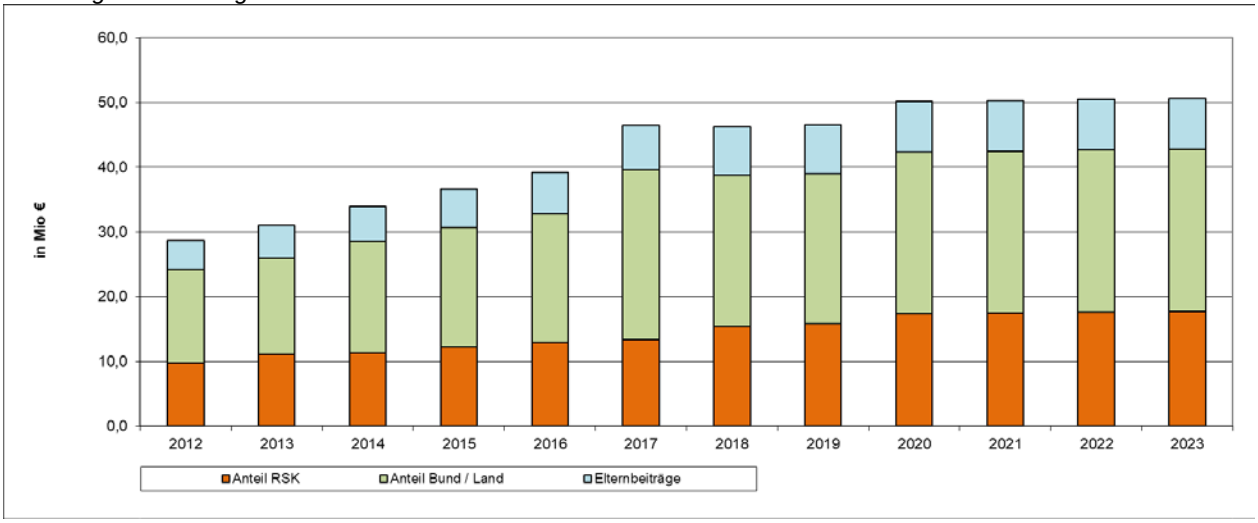
Den ausgewiesenen Fehlbedarfen liegen folgende Entwicklungen zu Grunde:

1. Aufwendungen für die Kindertagesbetreuung

Für das Jahr 2019 wird eine in etwa konstante Belastung im Bereich der Kindertagesbetreuung erwartet. Aufgrund der voraussichtlichen Inbetriebnahme einer größeren Anzahl zusätzlicher Kindergartengruppen im Jahr 2020 wird ab diesem

Jahr jedoch mit einer erheblichen Steigerung des Bedarfs (per Saldo rd. 1,5 Mio. €) gerechnet, was wesentlich zu dem erforderlichen höheren Umlageaufkommen ab 2020 beiträgt.

Kindertageseinrichtungen:

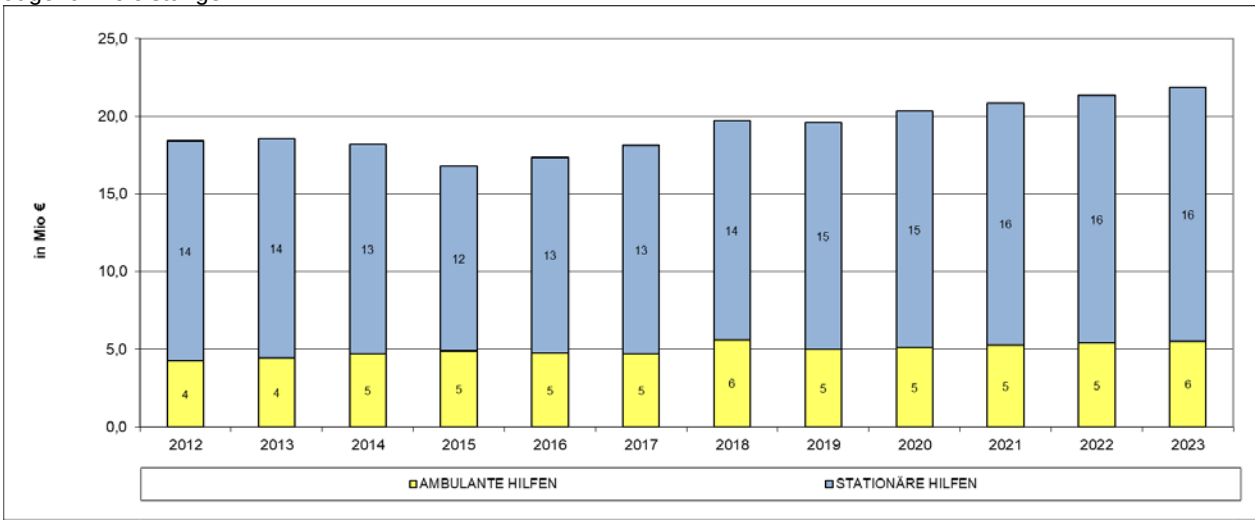


2. *Ambulante und stationäre Jugendhilfeleistungen*

Die für familienunterstützende und familienersetzende Jugendhilfemaßnahmen per Saldo aufzuwendenden Finanzmittel können auf der Basis der positiven Entwicklung in den letzten Jahren gegenüber der vorhergehenden Finanzplanung leicht reduziert werden.
Zudem wurde der Ansatz für Kostenerstattungen von anderen örtlichen Trägern der Jugendhilfe aufgrund der positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren nochmals angehoben.

Die saldierten - um im Zusammenhang stehende Erträge bereinigten – Jugendhilfeleistungen entwickelten sich im Zeitraum 2012 bis 2023 wie folgt (2012 - 2017 IST-, ab 2018 PLAN-Werte):

Jugendhilfeleistungen:



3. Personal- und Versorgungsaufwand

Im Teilhaushalt des Kreisjugendamtes (inkl. Erziehungsberatung) bleiben die Personal- und Versorgungsaufwendungen in 2019 und 2020 gegenüber der Finanzplanung aus dem Doppelhaushalt 2017/18 konstant.

Wirtschaftliche Beteiligungen

Neben den Verkehrsverlusten ergeben sich im Bereich der wirtschaftlichen Beteiligungen folgende weitere wesentliche Veränderungen gegenüber der Finanzplanung aus dem Doppelhaushalt 2017/2018:

(Verbesserungen + / Verschlechterungen -)	2019	2020
Dividende Kreissparkasse	+ 1,8 Mio. €	+ 0,4 Mio. €
Ausschüttung BRS	+ 0,2 Mio. €	+ 0,4 Mio. €
Ausschüttung RSAG AöR	- 0,2 Mio. €	- 0,2 Mio. €
Verbesserung:	**+ 1,8 Mio. €**	**+ 0,6 Mio. €**

Sonstiges

Über die dargelegten Veränderungen hinaus ergeben sich gegenüber der Finanzplanung an verschiedenen Stellen des Kreishaushalts in den Jahren 2019 und 2020 per Saldo Verschlechterungen im Umfang von rd**. 8,3 Mio € in 2019** und rd. **4,5 Mio. € in 2020:**

(Verbesserungen + / Verschlechterungen -)	2019	2020
Unterhaltung kreiseigener Gebäude	- 3,9 Mio. €	- 2,4 Mio. €
Aufwendungen für Kultur- / Wirtschaftsförderung	- 0,9 Mio. €	- 1,6 Mio. €
Mehrbedarfe Gesundheitsamt (insbes. sozialpsychiatrische Intervention / Förderung SPZ)	- 0,9 Mio. €	- 0,9 Mio. €
Bedarf Schulverwaltung (insbes. Schülerfahrkosten, OGS Förderschulen, Schul-IT)	- 0,8 Mio. €	- 1,0 Mio. €
Defizitabdeckung Gebührenhaushalt Rettungsdienst	0,0 Mio. €	+ 3,0 Mio. €
Sonstige Veränderungen (per Saldo)	- 1,8 Mio. €	- 1,6 Mio. €
Verschlechterung:	**- 8,3 Mio. €**	**- 4,5 Mio. €**

Die Veränderung bei der Unterhaltung der kreiseigenen Gebäude ergibt sich - neben allgemeinen Kostensteigerungen für die laufende Gebäudeunterhaltung - vor allem aus Mehraufwendungen bei größeren Sanierungsmaßnahmen, insbesondere der Brandschutzsanierung des Kreishauses (1,1 Mio. in 2019 und 1,6 Mio. in 2020), der Sanierung eines weiteren Bauteils am BK Bonn-Duisdorf (1,1 Mio. € in 2019 und 0,9 Mio. € in 2020) sowie der Sanierung der Förderschule in Hennef-Bröl (0,7 Mio. in 2019). Den Mehraufwendungen stehen, insbesondere im Jahr 2020, Entlastungen aus

der Verschiebung von geplanten Sanierungsmaßnahmen in spätere Jahre (v. a. BK Troisdorf) entgegen.

Im Bereich der Kultur- und Wirtschaftsförderung / Tourismus entstehen insbesondere Mehraufwendungen für die Beteiligung des Kreises am Beethovenjubiläum (0,3 Mio. in 2019 und 1,0 Mio. in 2020) sowie für neue Projekte und Mitgliedschaften des Kreises im Rahmen der Wirtschafts- und Tourismusförderung (z. B. Naturpark Siebengebirge, REGIONALE 2025, Naturarena - per Saldo rd. 0,5 Mio. € pro Jahr).

Investitionen

In 2019 und 2020 fallen insbesondere Investitionen im Rahmen der Weiterführung der Brandschutzsanierung des Kreishauses, für die Sanierung des Berufskollegs in Hennef, den Neubau des Jugendhilfezentrums in Eitorf, die Sanierung und Erweiterung der Förderschule in Alfter-Witterschlick, die weitere Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans (Neubau von Rettungswachen, Beschaffung zusätzlicher Rettungsmittel), Investitionsförderungen von Maßnahmen im Bereich der Kindertagesbetreuung sowie für den Kreisstraßenbau an.

Die Investitionsplanung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

Siegburg, den 31.08.2018

gez. Udelhoven

(Kreiskämmerin)